

**Zeitschrift:** Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur  
**Herausgeber:** Gesellschaft Schweizer Monatshefte  
**Band:** 70 (1990)  
**Heft:** 4

**Rubrik:** Blickpunkte

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 13.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Pendenzenberg im Fichen-Schatten

Es ist gegenwärtig nicht leicht, eidgenössische Sachpolitik zu machen. Auch während der jüngsten Parlamentssession im März stellten die ausgedehnten – und teilweise massiv überdehnten – Debatten über Nachwehen des «Falls Kopp» und insbesondere über die verschiedenen «Fichen»-Affären alles und jedes in den Schatten. Die tagelangen Diskussionen, die mehr und mehr zu rhetorischen Ritualen vor meist halbleerem Ratssaal verkamen, verdrängten nicht nur eine lange Reihe von entscheidungsreifen Geschäften von der chronisch überladenen Traktandenliste. Sie lähmten darüber hinaus den parlamentarischen Normalbetrieb – nicht nur wegen des penetranten Medien-Begleitrummels, sondern auch wegen der teilweise veränderten Konstellationen im taktischen Zusammenspiel der Regierungsparteien. Das sei hier an zwei Beispielen kurz illustriert, denen mittelfristig grosse Bedeutung zukommt: der Finanzpolitik und der europäischen Integrationspolitik.

Gegenwärtig sind drei Finanzgeschäfte pendent, die zeitlich gestaffelt wurden, aber innerlich zusammenhängen: die seit langen Jahren in parlamentarischer Bearbeitung stehende Vorlage über die Gesetze zur direkten Bundessteuer und zur Steuerharmonisierung einerseits und die neue Finanzordnung, die vor allem die Revision der Stempelsteuer sowie die Reform der indirekten Steuer zum Gegenstand hat und eben erst von der Kommission des Ständerats in Angriff genommen worden ist.

Die Vorlagen zur direkten Steuer standen in der Märzsession im Rahmen eines langwierigen, hochkomplizierten Differenzbereinigungsverfahrens nochmals im Nationalrat zur Debatte. Dabei war es schwierig, in den Fraktionen überhaupt die Zeit und mehr noch die Aufmerksamkeit aufzubringen, die diesem anspruchsvollen Geschäft an sich zugekommen wäre. Die Plenardebatten litten entsprechend unter deutlich mangelndem Interesse: die Gedanken der Parlamentarier waren ganz einfach durch andere Dinge abgelenkt. Dies ist nicht nur wegen dem Gewicht der Gesetze selbst zu bedauern; es irritiert vor allem auch deswegen, weil die Querverbindung zu den andern Finanzvorlagen angesichts der schwierigen Frage der Kompensation von Steuerausfällen offensichtlich ist und in der Endausmarchung um die Finanzordnung zweifellos noch viel zu reden geben wird.

Bei der «Neuen Finanzordnung» zeichnet sich ein eigentliches Durcheinander ab. Die Stempelrevision, die für den «Finanzplatz Schweiz» wichtig und dringend ist, soll nach dem Willen des Ständerats vorgezogen werden. Dies um so mehr, als sich nun doch ein zeitraubender Übergang zur Mehrwertsteuer abzeichnet. Doch wird bei dieser Revision nicht nur von linker Seite immer lautstarker eine Kompensation der Ertragsausfälle verlangt, die im Rahmen des Stempelgesetzes schwer zu gewährleisten ist. Damit aber wird die Vorlage referendumsverdächtig.

Und was die Variante Mehrwertsteuer betrifft, so gehen dort die Meinungen über deren Art und Umfang so gewaltig auseinander, dass sich noch längst keine Kompromissformel abzeichnet. Das stimmt um so bedenklicher, als sich die Zusammenarbeit der Bundesratsparteien generell und unter den bürgerlichen Fraktionen im besonderen unter dem Eindruck der jüngsten Ereignisse massiv verschlechtert hat.

Nun noch ein Wort zur europäischen Integration. Sie kam in Zusammenhang mit dem alljährlich zu erstattenden Aussenwirtschaftsbericht des Bundesrats zur Sprache, wobei auch einige parlamentarische Vorstösse zur Debatte standen. Zwar waren die Votanten nun zahlreicher als im vergangenen Dezember, wo sich ganze fünf oder sechs Redner zu dem Thema äussern wollten. Doch das Ergebnis der Diskus-

sionen war erneut höchst bescheiden. Man wurde auch hier den Eindruck nicht los, dass die Kräfte des Parlaments derzeit anderweitig gebunden sind.

Zwar fehlte es nicht an quasi-programmatischen Absichtserklärungen. Sie erschienen aber ungefähr im umgekehrten Verhältnis zu ihrer Lautstärke sachlich fundiert. Wenn überhaupt, resultierten falsche oder irreführende Signale an den Bundesrat, der inmitten eines Evaluationsprozesses im Vorfeld äusserst schwieriger Verhandlungen um den «Europäischen Wirtschaftsraum» (EWR) steht. Es bleibt zu hoffen, dass das Parlament möglichst rasch zu seiner «Normalform» zurückfindet und damit wieder imstande ist, die teilweise schicksalsschweren sachpolitischen Pendenzen mit der nötigen Sorgfalt weiter zu behandeln.

Richard Reich

## Vaclav Klaus — ein klarsichtiger Reformier

Heute ist er Finanzminister der CSSR. Vor noch nicht allzu langer Zeit hätte ihm wohl niemand den Sprung in die Regierung seines Landes prophezeit. Ein Verfolgter und Geächteter des alten Regimes, hatte er die Willkür totalitärer Herrschaftsformen hautnah zu spüren bekommen. Obwohl wirtschaftswissenschaftlich hervorragend ausgebildet, musste er seine berufliche Tätigkeit lange Zeit auf untergeordneten Positionen in der Notenbank verbringen, bevor er, rehabilitiert, wieder in die Akademie der Wissenschaften aufgenommen wurde. Vaclav Klaus ist ein Phänomen, weil er sich als erstklas-

siger Ökonom zu erkennen gibt, und zwar nicht in marxistischer Politökonomie, sondern in *moderner westlicher Ökonomie*. Er ist ein absolut klarsichtiger Marktwirtschaftler, also eine Rarität in der östlichen Gilde von Sachverständigen in Ordnungstheorie und Ordnungspolitik.

Man wird gut daran tun, die Reformpolitik der CSSR genau zu verfolgen. Sie könnte zum *Beispiel* dafür verwendet werden, wie Reformen konzipiert werden müssen, damit sie, am Massstab der Funktionalität dezentraler Systeme beurteilt, das Attribut *konsistent* verdienen. Das pointierte Wort: «The third

road leads to the third world», könnte von ihm stammen. Jedenfalls verspürt er keine Lust, irgendwelche «*Dritt-Weg-Experimente*» in Szene zu setzen. Den Versuchungen, unerprobte ordnungspolitische Abenteuer im Namen der Rettung eines wie auch immer definierten Sozialismus, erteilt er, wo immer sie sich regen, eine deutliche *Absage* — eine bittere Pille für jenen Mann aus Prag, der, heute in St. Gallen lebend, massgebend am Prager Frühling beteiligt war und mit den Vorstellungen vom «Dritten Weg» untrennbar verbunden ist. Vaclav Klaus vertritt mit einem leicht sarkastisch eingefärbten Unterton die dezidierte Auffassung, dass die CSSR keine Zeit habe, sich von neuem als Testgelände für Experimente zur Verfügung zu stellen, die nicht erprobt — und wohl auch zu wenig ausgereift — sind. Der Finanzminister steuert in seiner Denkweise ohne Vorbehalte auf die Restaurierung einer *sozial verpflichteten Marktwirtschaft* los.

Die grösste Sorge bereitet Vaclav Klaus die Gefahr, dass die Reformpolitik seines Landes in eine jener Fallen tappen könnte, die er als *Reformgaps* bezeichnet, d.h. Konstellationen, die, wie in andern Ländern, eine zügige Umgestaltung selbst wieder in Frage stellen. Die Entstehung von *Inflation* ist eine solche Falle. Als die akuteste Gefahr auf dem Weg zur Marktwirtschaft bezeichnet Klaus die unter dem Zentralismus entstandene *Monopolisierung* der Wirtschaft. Die wahren Herrscher über die Wirtschaft waren nicht, wie in den meisten Lehrbüchern nachzulesen ist, die Planer, sondern die *Grossbetriebe*, die die Planer wie Marionetten an ihren Fäden zappeln liessen. Dezentralisation bedeutet deshalb nicht die Entstehung von Märkten,

sondern die Etablierung von monopolistischen und oligopolistischen Marktpositionen. Und es wird im Urteil von Klaus nicht leicht sein, diese Falle zu überwinden.

Für Vaclav Klaus müssen die *gesamtwirtschaftlichen und ordnungspolitischen Parameter* stimmen. Im Vordergrund der Anstrengungen steht deshalb die Geld- und Kreditpolitik, die Währungspolitik und die Fiskalpolitik (wohl auch die Wettbewerbspolitik), d.h. die Errichtung eines auf Wettbewerbsmärkte gezielten makroökonomischen Signalisierungssystems. Und es kommt in seinem Urteil weiter entscheidend darauf an, dass bei der Verfügung von Einzelmassnahmen die «richtige» *zeitliche Sequenz* gewählt wird.

Werden die neuen politischen Entscheidungsträger der Logik einer konsistenten Reformpolitik folgen? Dies ist keineswegs sicher, denn auch in der CSSR entwickelt sich eine stark *diversifizierte Parteienlandschaft*. Deshalb überlegt sich die Reformmannschaft, ob es nicht weise wäre, möglichst viele grundsätzliche Reformschritte noch vor den Wahlen zu verwirklichen. Diese Haltung erinnert an Hayek, der schon vor einiger Zeit die Schwierigkeiten von parlamentarischen Systemen bei der Konkretisierung einer möglichst widerspruchsfreien Ordnungspolitik analysiert hat. Seine Skepsis in die Fähigkeit parlamentarischer Demokratien, bei der Suche nach tragbaren Kompromissen die ordnungspolitischen Grundprinzipien nicht aus dem Auge zu verlieren, ist bekannt und begründet. Zur Reformpolitik gehört eben nicht nur ein klares Konzept, sondern ebenso ein ausgeprägtes Gefühl für politische Taktik.

Willy Linder

## «Endlich fangen die wirklichen Sorgen an»

Der Ostblock war längst nicht mehr uniform; schon vor fünf Jahren hat Willy Brandt bemerkt, dass in diesem Teil Europas die Landkarte wieder Reliefs aufweise. Doch deckten die kommunistischen Führungen, deren Tendenz — von der gesellschaftlichen Wirklichkeit zu unterscheiden — totalitär, nämlich allzuständig ist, die Schwierigkeiten zu. Im Westen herrschte weiterhin die Überzeugung, dass auf lange Zeit die Trennung mitten durch unseren Kontinent bestehen bleiben würde und die Politik mit den «real existierenden» Regimes behutsam auszuhandeln sei — eine Politik der Vernunft, der kleinen Schritte. Sich etwas anderes konkret vorzustellen und ins Denken einzubeziehen, galt als verantwortungslos, als Revanchismus unbelehrbarer Träumer und Kalter Krieger, die die Zeichen der Zeit nicht verstanden haben.

Dass unsere eigenen Regimes bei allem Hader, aller Kritik auf Konsens beruhen, auf Einverständnis mit den Grundlagen des Gemeinwesens, und jene weiter östlich den Dissens zwischen Staat und Gesellschaft nicht überbrücken konnten — weder durch grössere Härte noch durch grössere Reformbereitschaft —, war jedoch die Wirklichkeit.

Noch im September und Oktober 1989 erschien in der Zeitschrift «Osteuropa» — sie ist für die Kenntnis dieser Region unentbehrlich — ein Aufsatz, betitelt: Zur Zukunft Ost- und Mitteleuropas von *Edgar Jahn*, worin die scheinbare Symmetrie zwischen West- und Osteuropa und nicht die eigentümliche Disymmetrie hervorgehoben wurde. Beispiel: «Seit 1945 haben in

*Europa nur bündnisinterne Kriege und militärische Interventionen stattgefunden.»* Dass das nur für eines der beiden Bündnisse galt, wird nicht erwähnt. Oder — weiteres Beispiel: «*Die Vorstellung von der Wiedervereinigung der europäischen Arbeiterbewegung könnte sich (...) zur engeren Zusammenarbeit zwischen einem wirtschaftlichen und militärisch starken sozialkapitalistischen West- und Mitteleuropa als gleichberechtigtem Partner einer demokratisch-sozialistischen Sowjetunion weiterentwickeln.*»

Es geht da nicht um Fehlprognosen — in dieser Hinsicht sitzen wir alle im Glashaus —, sondern um Ideologien, die, überzeugend von der Dokumentation der betreffenden Zeitschrift, was die Sowjetunion betrifft, widerlegt wird. Es darf auch an *Egon Bahr* gedacht werden, der — in einem Protokoll des «Bergedorfer Gesprächskreises» nachzulesen — sich entrüstet, dass sich Litauen gegenüber Moskau Dinge herausnehme, die sich Bayern gegenüber Bonn nicht leisten könne.

Es ist ein Paradox, dass sich die Bundesrepublik heute in Osteuropa wirtschaftlich viel stärker engagiert als jeder andere westliche Staat und der vielbesprochene Begriff «Mitteleuropa», der bisher meist an den Raum der Donaumonarchie anknüpfte, nunmehr vorrangig mit «Deutschland» verbunden ist, dass aber die kulturelle und politische Analyse dieser Gesellschaften in deutscher Sprache weniger tiefdringende Analysen hervorbringt als andernorts.

Das neue Buch des Engländers *Timothy Garton Ash* und das in diesem Heft an anderer Stelle zitierte Buch des

in Paris wirkenden *Jacques Rupnik* von 1988 — beide über Mittel- und Osteuropa — haben keine deutsche Entsprechung. Für Zeitungen gilt der Abstand nicht, aber die Vertiefung erfordert mehr Raum. Was war in Mittel- und Osteuropa unter kommunistischer Parteiherrschaft gemeinsam, was differenziert sich? Das ist die historisch fundierte, auf die neue Entwicklung ausgerichtete Perspektive, die wir brauchen.

Die 40-Jahr-Feiern der DDR haben — hier zu wenig begriffen — nicht die durch Dauer ersessene Stabilität, sondern im Gegenteil, die Instabilität deutlich gemacht. Nicht nur hatte im Ostblock insgesamt keine Gewöhnung stattgefunden, sondern das Unbehagen, die Nöte einer gegenüber dem Westen immer weiter zurückfallenden Wirtschaft und Technologie waren gewachsen.

Die drei baltischen Staaten sind in der Schaffung neuer Verhältnisse weitergegangen als die Mitglieder des Warschauer Paktes — und in ihrem Fall kann nicht von einer Unterstützung ihres Wandels durch Gorbatschow die Rede sein, so wenig wie in der Entwicklung der neuen politischen Kräfte in

Polen. Auch ist wahrzunehmen, dass Polen eine konsequentere und mutigere Reform durchsetzt als die Nachbarn — es war eher von den Ungarn erwartet worden. Das sind nur Beispiele für unser Bedürfnis nach Orientierung.

«*Information ist nicht Wissen*», so hat *Denis de Rougemont* einst einen Aufsatz in «*Diogenes*» betitelt. Während Informationen so reichlich sind, dass sie unsere Zeit und Aufmerksamkeit überbeanspruchen, verhält es sich mit dem Wissensstand, dem Verständnis anders. Die neuen Krisen sind nicht die erwarteten. Wer hätte etwa geahnt, dass Bundeskanzler Helmut Kohl für die Anerkennung der — zwar von Stalin verfügt, aber nunmehr unverzichtbaren — Grenzen Polens nicht mehr nur den formalen und völkerrechtlichen Vorbehalt geltend macht, sondern Bedingungen nennt, von denen bisher in dieser Beziehung nie die Rede war? Der Druck der Weltmeinung und der FDP hat zu nachträglichen Korrekturen geführt, doch ein Unbehagen ist geblieben. Gewiss, wirkliche Sorgen sind besser als zugedeckte — aber nun herrscht bereits wieder mehr Trubel als Jubel.

*François Bondy*

---

### Sätze, die man nicht zu Ende liest

*«Wenn wir den Marxismus-Leninismus als Weltanschauung unserer Partei erhalten und das Vertrauen der Menschen zurückgewinnen wollen, dann . . .»*

Joachim Petzold, Historiker an der Akademie der Wissenschaften der DDR, in «*Die neue Gesellschaft*», Bonn, Januar 1990.

---